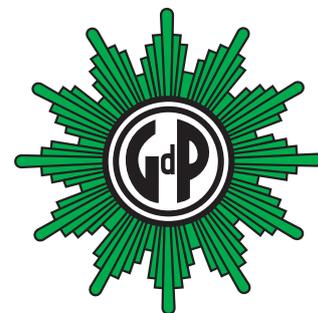


Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



Ausgabe 09/2013

31. Mai 2013

Polizeivertreter und Politiker aus Österreich tauschen sich mit GdP aus

In Wien wird derzeit eine Polizeireform diskutiert, aus 95 über die ganze Stadt verteilten Revieren sollen 25 größere Dienststellen geschaffen werden. Hintergrund ist, wie soll es anders sein, die Personalnot, die oft dazu führt, dass ein kleines Revier kurzfristige Personalausfälle nicht kompensieren kann, bei wichtigen Einsätzen sogar unbesetzt bleibt bzw. mit Hinweis auf die Nachbardienststelle zugesperrt wird.

Da Reformen aber oft mit Einsparungen (schön umschrieben mit „Synergieeffekten“) verbunden sind, begleitet die Österreichische Polizeigewerkschaft FSG diesen Prozess sehr kritisch. Die FSG hatten sich bereits intern bei der GdP Bayern sowie dem PP München über die bayer. Polizeireform informiert und über ihre dabei gewonnenen Erkenntnisse berichtet. Dies war Anlass für einen erneuten Besuch von Polizeigewerkschaftern, hochrangigen Polizeivertretern und Mitgliedern der zuständigen politischen Gremien bei der GdP Bayern sowie dem Polizeipräsidium München inklusive eines Gesprächs mit LPP Kindler. Unter den Gästen waren u.a. der Landespolizeipräsident Dr. Gerhard Pürstl, Hofrat Dr. Christoph Hetzmanseder von der Wiener Polizei, Harald Segall und Franz Fichtinger von der Österreichischen Polizeigewerkschaft FSG sowie mehrere hochrangige Vertreter aus der Wiener Kommunalpolitik.

Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Helmut Bahr und Organisationssekretär Alexander Baschek in der BMW-Welt berichtete der stv. Landesvorsitzende Peter Schall, der für die GdP im sog. Beirat der Evaluierungskommission mitgearbeitet hatte, über die Ergebnisse der Evaluierung aus Sicht der GdP. Insbesondere die These, dass mehr Polizei auf die Straße käme, was auch in Wien als Argument in der Öffentlichen Diskussion verwendet wird, habe sich ja leider nicht bewahr-

heitet. Auch die Kosten („Die Polizei wird besser und billiger“) sowie die aufgewandten Mannstunden für die vielen Arbeitsgruppen waren Kritikpunkte der GdP und die damals eingesparten 180 Sollstellen würden wohl, wenn man alle Forderungen aus der Evaluierungskommission erfüllen wolle, wieder bayernweit verteilt werden. Stv. LV Martin Lehner berichtete aus Sicht eines Personalrats bei einem Flächen-PP seine Erfahrungen mit der Reform.

Michael Bogatzki als BG-Vorsitzender von München sowie Christl Kern erläuterten die Reformergebnisse beim Ballungsraum-PP München. Einigkeit bestand zwischen Wien und Mün-

chen, dass der Rückzug der Polizei aus der Fläche das Sicherheitsgefühl des Bürgers beeinträchtigt. Peter Schall schlug vor, dass man wohl besser damit fahre, eine Aufgabenanalyse zu betreiben, um dann geeignete Arbeitsfelder zu zentralisieren. Gerade am Beispiel des PP München (z.B. zentraler Postein-/auslauf, Zentrale Haftanstalt, zentrale Abarbeitung von Verwaltungsvorgängen) könne man Personal bei kleinen Dienststellen von administrativem Aufwand entlasten und habe mehr



Die Vertreter der österreichischen Delegation beim Treffen mit Kollegen des GdP-Landesvorstands in der Münchner BMW-Welt

Möglichkeiten für den Wach- und Streifendienst. Beim Zusammenlegen von Dienststellen sei auch immer an den erhöhten Raumbedarf bei der neuen bzw. vergrößerten Dienststelle zu denken.

Bei einem gemeinsamen Arbeitessen nahmen auch Vertreter von BMW zu einem Gedankenaustausch mit der österreichischen Delegation teil. Dabei ging es nicht nur um Polizeithemen, sondern auch um Autotechnik der Zukunft, Vernetzung des Individualverkehrs mit öffentlichem Nahverkehr bzw. Car-Sharing sowie das große Thema Elektromobilität.



GdP im Gespräch – Herr MDir Hüllmantel beim Landesvorstand



Bei der letzten LBV-Sitzung folgte MDir Hüllmantel, beim Finanzministerium zuständiger Referatsleiter für den Öffentlichen Dienst und Beamtenangelegenheiten, einer Einladung von LV Helmut Bahr und stand den Vorstandsmitgliedern Rede und Antwort. Allgemein gab er zunächst einen Überblick über die Leistungen für das Personal im Öffentlichen Dienst im DHH 2011/2012 sowie 2013/2014. Bayern steht im Vergleich mit anderen Bundesländern bestens da,

Finanzminister Söder sei gegenüber den Belangen der Beschäftigten sehr aufgeschlossen. Berlin z.B. liege inzwischen durchschnittlich um 14,5 % bei der Besoldung hinter Bayern und habe dazu noch ein Drittel der Beförderungen gestrichen. Ein großes Thema war die Ballungsraumzulage für den Großraum München, da hier im Zuge der Tarif- und Gehaltsverhandlungen seitens der GdP gefordert wurde, zumindest die Anhebung auf 120 Euro analog der Leistung der Landeshauptstadt München für ihre Bediensteten durchzuführen. Mit über 5 Mio. Mehrausgaben pro Haushaltsjahr sei dies jedoch nicht mehr zu realisieren, da die Staatsregierung ohnehin im DHH 2013/2014 viel für die Beamten leiste. Zudem werde ja diskutiert, die Zulage wieder unabhängig vom Wohnort zu gewähren, was allerdings gleich 70 Mio. Euro kosten würde, die Anpassung der Gebietskulisse an das neue Landesentwicklungsprogramm stehe auch an und eine Dynamisierung sind weitere Forderungen, die das Ganze verteuern.

Die von der GdP geforderte Anhebung des Dienstkleidungszuschusses soll mit der Neufassung der Polizeidienstkleidungs-

vorschrift, die derzeit im Innenministerium erarbeitet werde, erfolgen, wobei noch nicht klar ist, in welcher Höhe die Anpassung erfolgt.

Tarifangelegenheiten wurden vom Landesbeauftragten Andreas Grandl angesprochen, da Stv. LV Karin Peintinger erkrankt war. Sie hatte aber Andreas mit Fachpapieren „präpariert“ hinsichtlich des nach wie vor stattfindenden Stellenabbaus im Tarifbereich (177 Stellen weniger seit 2000 bei der Polizei) sowie der Thematik Ungerechtigkeiten bei der Eingruppierung und Gewährung von Zulagen, deren Prüfung durch das StMF zugesagt wurde. Herr Hüllmantel berichtete auch über die Zukunft der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder), wobei er zuversichtlich ist, dass notwendige Lösungen infolge der Ausgabenentwicklung gefunden werden, da diese Leistung auch ein gutes Werbeargument für Personalnachersatz im Öffentlichen Dienst ist.

Bei DUZ – die GdP hält an ihrer Forderung „Mindestens 5 Euro je Stunde“ fest – und anderen Erschwerniszulagen habe man die momentanen Verhandlungen des BMI mit dem DGB im Auge. Sollte der Bund so abschließen wie es derzeit im Entwurf stehe, dann dürfte Bayern wohl folgen, so seine Einschätzung.

Abschließend wurde auch die Problematik „Anerkennung von Dienstunfällen sowie DU-Folgen“ besprochen, die GdP wies hier auf die inzwischen zu restriktive Haltung des LfF hin, aus Sicht der GdP bleibe hier oft nur der Klageweg, wobei die Beweislast beim klagenden Kollegen liege – eigentlich müsste doch das LfF diese Beweislast haben, so Peter Schall. Herr Hüllmantel sagte zu, Problemfälle zu prüfen und verwies darauf, dass der Innenpolitische Sprecher der CSU, Dr. Florian Herrmann, hier sehr stark die Polizeiinteressen vertrete. So soll zukünftig generell bei einem tödlichen Dienstunfall dieser als Qualifizierter DU anerkannt werden, was aber vom Landtag dann natürlich ins Bayer. Beamtenversorgungsgesetz geschrieben werden muss. LV Helmut Bahr bedankte sich mit einem kleinen Präsent für das offene Gespräch. (PSch)

GdP unterstützt Absicht der Innenminister zur Senkung der Promillegrenze bei Radfahrern

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützt die Absicht der Innenministerkonferenz, die Promillegrenze für Radfahrer zu senken. Die bisher gültigen 1,6 Promille als Grenzwert der absoluten Fahruntüchtigkeit für Radler seien, so der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow, unverantwortlich hoch.

Nach Expertenmeinung liegt bei 1,3 Promille eine Leistungseinbuße von über 80 Prozent vor. Vor diesem Hintergrund, so Malchow, und der ständig steigenden Zahl von Radfahrern sei es zur wirksamen Verbesserung der Verkehrssicherheit höchste Zeit, die Promillegrenzen herunter zu regeln. Malchow: „Die bisherige Promillegrenze wird dem Anspruch auf eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr nicht mehr gerecht. Deshalb ist eine Absenkung zum Schutz aller Verkehrsteilnehmer geboten.“

GdP-Bundesvorsitzender Malchow zeigte sich im Vorfeld der in dieser Woche in Hannover stattfindenden beginnenden Frühjahrskonferenz der Innenminister- und Senatoren (IMK) in Hannover erfreut, dass die Länderinnenpolitiker eine GdP-Forderung aufgreifen. Im vergangenen Jahr hatten Verkehrsexperten der Gewerkschaft der Polizei auf einer Fach-Tagung zu Rauschmitteln im Straßenverkehr bereits die Herabsetzung des Grenzwertes der absoluten Fahruntüchtigkeit für Fahrradfahrer von 1,6 auf 1,1 Promille empfohlen. Zudem solle für alkoholisierte Fahrradfahrer ab 0,8 Promille Blutalkoholkonzentration der Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit eingeführt werden.

Malchow forderte die Vertreter der IMK auf, bei ihren Beratungen die personelle Situation der polizeilichen Verkehrsüberwachung nicht außer Acht zu lassen. Jede Regel sei nur die Hälfte wert, wenn das Risiko beim Regelverstoß erwischt und später bestraft zu werden, zu gering ist.



Schleswig-Holsteiner Oliver Malchow neuer GdP-Bundesvorsitzender

Oliver Malchow ist neuer Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der Gewerkschaftsbeirat, das höchste Gremium der GdP zwischen den Kongressen, wählte den 49-jährigen Schleswig-Holsteiner Mitte Mai in Berlin zum Nachfolger des bisherigen Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut.



Oliver Malchow dankte den Delegierten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen

Die Wahl war notwendig geworden, nachdem Bernhard Witthaut im April dieses Jahres zum Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Osnabrück berufen wurde und heute offiziell sein Amt innerhalb der GdP niedergelegt hat. Witthaut gehörte 19 Jahre dem geschäftsführenden Bundesvorsitzenden der GdP an und war 2010 zum Bundesvorsitzenden der mit 173.000 Mitgliedern größten Interessenvertretung der Polizei gewählt worden.

Kriminaloberrat Oliver Malchow ist seit November 2010 Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes. Die Delegierten des 24. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses hatten den Ostholsteiner zunächst in das Amt des Bundesschriftführers gewählt, im Januar war Malchow dann im Rahmen von Nachbesetzungen des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands zum stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden aufgerückt. Der Leiter der Kriminalpolizeistelle Kiel ist seit Mai 1985 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei. Seit 1997 führt Malchow zudem den Vorsitz des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein.



Schlüsselübergabe für das neue Büro. Bernhard Witthaut und der neue GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow

GdP-Chef zu Abschluss-Bericht der Bund-Länder-Kommission Malchow: Nicht alles anders, sondern einiges besser machen

Der Bericht der sogenannten Bund-Länder-Kommission Rechtsterrorismus bestätigt die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), dass kein generelles Systemversagen der



deutschen Sicherheitsbehörden oder gar eine politische Verstrickung von Verfassungsschutz und Polizei bei den Ermittlungen zur Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ festzustellen ist. Damit sei dem in der Öffentlichkeit vehement geforderten radikalen Umbau der Sicherheitsarchitektur in Bund und Ländern eine Absage erteilt. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Es muss nicht alles anders, sondern einiges besser gemacht werden.“

In der Forderung der Experten-Kommission nach der Aufgabe eines „Trennungsgebots in den Köpfen“ der Beschäftigten von Polizei und Verfassungsschutz sieht sich die GdP in ihrer Meinung unterstützt, dass Deutschland nicht neue Behörden brauche, sondern verantwortungsbewusste und motivierte Mitarbeiter, die behördenübergreifend für die Sicherheit in unserem Land arbeiten.

GdP und Bund-Länder-Kommission sind sich zudem darin einig, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz zu einer Zentralstelle aufgewertet werden soll, wie es das Bundeskriminalamt (BKA) bereits ist. Malchow: „Es muss in Zukunft sichergestellt sein, dass bei einem konkreten Verdacht auf eine länderübergreifende Serie politisch-extremistischer Straftaten unter Koordination von BKA und Bundesverfassungsschutzamt ermittelt wird.“

Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Gesetzgeber auf, Klarheit in den Zuständigkeiten zu schaffen. Daher spricht sich die GdP auch für eine Stärkung der Generalbundesanwaltschaft aus. Der GdP-Vorsitzende warnte unterdessen vor der Verwendung von Klarnamen in einer zentralen V-Leute-Datei.

Malchow: „Die Klarnamen erhöhen nicht die Glaubwürdigkeit der nötigen Informationen über abgeschottete Gruppen und gehen nur die V-Mann-Führer beim Verfassungsschutz etwas an. Haben wir keine Decknamen mehr, können wir solche Einsätze gleich vergessen, weil die Gefahr für Leib und Leben der V-Leute zu groß ist.“

Der vollständige Abschlussbericht ist zu finden unter:

Fachzeitschrift mit rundem Jubiläum: „Die Kriminalpolizei“ feiert 30. Geburtstag

„Die Kriminalpolizei“ feiert im Juni mit ihrer zweiten Ausgabe 2013 ihren 30. Geburtstag. Das Jubiläum begangen wurde indes im Rahmen einer kriminalpolitischen Fachveranstaltung und mit rund 100 Gästen Mitte Mai in der Berliner Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz. Die von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vierteljährlich herausgegebene Fachzeitschrift spiegelt nunmehr seit drei Jahrzehnten Diskussionen über aktuelle kriminalpolizeiliche und gesellschaftspolitische Themen wider oder strebt an, diese mit konstruktiven Beiträgen zu initiieren. Für das hohe fachliche Niveau zeichnen seit der ersten Ausgabe renommierte Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Mit einer erfolgreichen Mischung aus Beiträgen zur polizeilichen Praxis und zur sicherheitspolitischen Diskussion habe sich, so „Kripo“-Chefredakteur Herbet Klein in seiner Festrede, die Zeitschrift in den vergangenen dreißig Jahren einen ausgezeichneten Ruf innerhalb der Fortbildungs-Literatur erworben und sei eine wichtige Informationsquelle für Experten aus Sicherheitsbehörden, Wirtschaft und Politik geworden. Die Jubiläumsausgabe erscheint übrigens erstmals in einem klaren und eleganten neuen Layout, bei dem beispielsweise die Farbe Blau das bisherige Grün ablöst.

„Es wird der Zeitschrift gelingen, einen anerkannten Platz auf dem Gebiet der Fortbildungs-Literatur einzunehmen“, prognostizierte der damalige baden-württembergische Innenminister Roman Herzog in einem Grußwort für die erste Ausgabe von „Die Kriminalpolizei“ im Juni 1983. In den ersten Jahren ihres Bestehens erschien die Zeitschrift nur in Baden-Württemberg. Herzogs optimistische Prognose hat sich angesichts einer Auflage von rund 20.000 und einer großen Zahl von Internetzugriffen unter www.kriminalpolizei.de bewahrheitet. In seinem Geleitwort zur aktuellen Jubiläumsausgabe schrieb Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich: „Die Zeitschrift hat sich längst zu einer bundesweit erscheinenden Fachzeitschrift entwickelt und ist heute als Informations- und Diskussionsforum nicht mehr wegzudenken. Ein hoher redaktioneller Anspruch, Aufsätze von ausgewiesenen Fachleuten und gut recherchierte Beiträge kennzeichnen ‚Die Kriminalpolizei‘.“

Herbert Klein, Chefredakteur der „Kriminalpolizei“ führt den Erfolg der Zeitschrift auf die kontinuierliche redaktionelle Zusammenarbeit mit hochklassigen Autoren an: „Wir haben uns vom ersten Tag an zum Ziel gesetzt, der ganzen Breite der Themen rund um die Kriminalitätsprävention und -bekämpfung ein Forum zu bieten. Aus Erfahrungen Konsequenzen abzuleiten, gehört ebenso dazu wie die Darstellung technischer Innovatio-

nen, Hinweise auf rechtliche Fragestellungen oder gesellschaftspolitische (Fehl-)Entwicklungen. Ich möchte das Jubiläum allerdings weniger als Anlass zum Blick zurück auf vergangene Erfolge nutzen, sondern vielmehr als Herausforderung für die Zukunft sehen. Wir müssen die maßgeblichen Ent-



wicklungen für die kommenden Jahre identifizieren, beispielsweise den rasanten Umbruch in der Medienlandschaft, und die Weichen für deren Bewältigung rechtzeitig richtig stellen. Darum wird die „Kriminalpolizei“ in den kommenden Jahren dem Aspekt ‚Neue Medien‘ als Phänomen und auch mit Blick auf die Kommunikation der Zeitschrift besondere Beachtung schenken.“

Weitere Informationen rund um das Jubiläum der „Kriminalpolizei“ unter
<http://www.kriminalpolizei.de/fileadmin/downloads/Jubilaeumsseiten.pdf>

WONNEMAR -BADESPASS FÜR GdP-MITGLIEDER



GdP Service GmbH

UND FAMILIE **4x** IN BAYERN!

Die Wonnemar-Bäder in Sonthofen, Ingolstadt, Neu-Ulm, und Marktheidenfeld laden Euch zu Wasserspaß, Saunawelt, Gesundheitsbad, SPA und Gastronomie ein. Ein Steinbad, verschiedene Rutschen, ein Kleinkinderbereich, die großzügige Saunalandschaft und das Gesundheitsbad bilden einen Erlebnis-Komplex. Ruhezeiten und Solarien sowie die interne Gastronomie runden das Angebot des Wonnemar perfekt ab.



GdP-Mitglieder und deren Familie erhalten unter Vorlage des GdP-Mitgliedsausweises in allen Wonnemar-Bädern **FOLGENDE ERMÄSSIGUNG:
AN DIENSTAGEN 25% UND AN ALLEN ANDEREN
TAGEN 10%!**

Mehr Infos unter: 089/578388-28

